

Terrornachwuchs made in Britannistan



Britannistan züchtet jetzt „inländisch herangezogene“ Terroristen und Attentäter, die in den Gefängnissen des Landes so prächtig gedeihen wie Tomaten in einem holländischen Glashaus. Eine spezielle Ausbildung in einem externen Terrorcamp ist nicht mehr von Nöten. Bei der Anzahl von geschätzten 8.000 zum blutigen Dschihad bereiten Terroranwärtern spielt es keine Rolle, ob alle davon gut sind.

Hauptsache einer kommt zu Allahs paradiesischer Endlösung und bringt möglichst viele Ungläubige mit. Man rechnet dass gut 800 Terroristen in Spe in den nächsten Monaten freigelassen werden, weil sie bisher noch nicht mit einer Bombe in der Hand erwischt wurden und darum nicht als Terroristen erfasst sind. Wenn die Einzelmärtyer auf die Idee kommen, den Weg zu Allah mit anderen zu koordinieren, wird die Lage noch explosiver werden. Von Reisen mit britischen U-Bahnen ist dringend abzuraten.

(Spürnase: Humphrey)

Gericht weist OB Vaupel in die Schranken



Schallende Ohrfeige für den feisten Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD), der den Marburgern verbieten wollte, eines ermordeten Bürgers zu gedenken ([PI berichtete](#)). Das Verwaltungsgericht Gießen hob die Verbotsverfügung auf und machte klar, wer in Marburg der wahre Verfassungsfeind ist. Das Verbot des roten Stadtfürsten ist rechtswidrig und verletzt unser Grundgesetz, der Trauermarsch kann morgen wie angemeldet stattfinden.

Das [Verwaltungsgericht entschied](#):

Mit einem soeben den Beteiligten mitgeteilten Beschluss hat das Verwaltungsgericht Gießen auf die Eilanträge zweier Veranstalter hin, ein Versammlungsverbot der Stadt Marburg außer Vollzug gesetzt. Die für den morgigen Samstag geplante Kundgebung „Gedenkmarsch für Samuel“ kann daher wie angemeldet stattfinden.

Hintergrund ist der Tod eines 25-jährigen Mannes, der bei einer tätlichen Auseinandersetzung am 14. August 2010, schwere Verletzungen erlitten hatte, denen er eine Woche später erlag. Auf mehreren Homepages wird zur Teilnahme an dieser Kundgebung aufgefordert. Der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg verbot die angemeldeten Demonstrationen und jedwede Ersatzveranstaltungen.

Der Eilantrag der beiden Veranstalter gegen die sofortige

Vollziehung der Verbote hatte nun Erfolg. Das Gericht befand bei der allein möglichen summarischen Prüfung der gestern Nachmittag und heute morgen eingegangenen Eilanträge, dass die Verbote offensichtlich rechtswidrig seien. Ein vorbeugendes Versammlungsverbot komme unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten nur als „ultima ratio“ in Betracht. Es lägen aber keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Versammlung auf unfriedliche Ziele gerichtet sei. Soweit befürchtet werde, dass sich betroffene Gruppen ebenfalls zur Versammlung einfinden und diese stören könnten, rechtfertige dies allein nicht ein Verbot der Versammlung. Sollte die Versammlung keinen friedlichen Verlauf nehmen, müsse ggf. ihre Auflösung geprüft werden, wenn dem nicht anders begegnet werden könne. Den friedlichen Teilnehmern an der Demonstration dürfe aber nicht von vorneherein die Möglichkeit der Grundrechtsausübung genommen werden.

Eine politische Auseinandersetzung im öffentlichen Raum, wie sie mit der Versammlung beabsichtigt sei, müsse prinzipiell hingenommen werden. Dem stünden nach Lage der Akten auch private Interessen der Angehörigen nicht entgegen. Die Beisetzung werde nach Ort und Zeitpunkt durch die Kundgabe nicht gestört.

Unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wies das Gericht noch darauf hin, dass eine Versammlung nicht nur verboten werden könne, weil ihr Motto für sozialunverträglich und störend gehalten werde. Die plurale Demokratie des Grundgesetzes vertraue auf die Fähigkeit der Gesamtheit der Bürger, sich mit Kritik an der Verfassung auseinander zu setzen und sie dadurch abzuwehren.

Der Beschluss vom 27.08.2010, 9 L 2370/10 ist noch nicht rechtskräftig. Die Beteiligten können dagegen (binnen 2 Wochen) Beschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel einlegen.

Zeit und Treffpunkt für Teilnehmer des Trauermarsches wird im Laufe des Abends auf der [Webseite der Veranstalter](#) bekannt gegeben. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass der Ermordete nicht in rechtsextremen Kreisen aktiv war und es sich bei der Veranstaltung um einen unpolitischen Schweigemarsch handelt. Politische Äußerungen in Wort oder Schrift sind während der Dauer der Veranstaltung unerwünscht.

Der Anmelder des Gedenkmarsches wurde gestern Abend vor seiner Wohnung von Schlägern mit Pfefferspray und Faustschlägen überfallen und verletzt.

Teilnehmer der Veranstaltung informieren sich bitte [auf der Seite des Veranstalters](#) über Einzelheiten und eventuelle Neuigkeiten.

Moslems beleidigt wegen Olympia im Ramadan



Weil die Olympischen Spiel 2012 in den Ramadan fallen, sind Moslems beleidigt. Sie haben da nämlich anderes im Kopf, würden schlechter regenerieren, und außerdem halten Christen die Olympischen SOMMERspiele ja auch nicht in der Adventszeit ab.

Die FAZ [schreibt](#):

„Während des Ramadan bietet das Organisationskomitee der Spiele spezielle Vorkehrungen für muslimische Athleten an. Dazu gehört ein sehr frühes Frühstück. Und dazu gehören Snack-Pakete, die Datteln, Früchte und Wasser enthalten für diejenigen, die das Fasten brechen“, sagt Goh Kee Nguan, Vorsitzender des Organisationskomitees für die Olympischen Jugendspiele in der Tropenmetropole. Im olympischen Dorf in Singapur gibt es Gebetsräume für verschiedene Glaubensrichtungen, Muslimen wird Halal-Essen nach islamischen Regeln angeboten.

Kompromiss: die iranischen Fußball-Mädchen dürfen keine Kopftücher tragen – dafür aber eine Art weiße Haube.

Für wen werden schon mehr Extrawürste gebraten, als für Moslems?

„Wie sollte ein Sportler davon in Wettkampfzeiten leben“, fragt Tahir Gülec, Mannschafts- und Zimmergenosse von Ibrahim Ahmadsei mit Blick auf das Dattel-Paket. Auch Tahir hat das Fasten verschoben – auf die Zeit in Deutschland, nach den Spielen. „Wir dürfen das machen, weil wir unseren Sport andernfalls nicht ausüben könnten“, sagt Ibrahim. Und fügt an: „Es ist aber sehr schade, dass wir den Fastenmonat nicht wie üblich im Kreise unserer Familie verbringen können.“ Christliche Sportler würden ja auch ungern in der Adventszeit fernab von zuhause zu Wettkämpfen antreten.

Da einige Wettbewerbe wie Hockey oder Leichtathletik aufgrund der Hitze in Singapur auf die späten Abendstunden gelegt wurden, könnten fastende Athleten erst nach 22 Uhr Essen zu sich nehmen. Normalerweise ist Muslimen in Singapur das Essen und Trinken in diesen Tagen ab kurz nach 19 Uhr abends wieder erlaubt – und bis 5 Uhr morgens. Das größte Problem sei die „verzögerte Regeneration“ beim Fasten von Sportlern, sagt Wilfried Kindermann, früherer Arzt der deutschen Olympiamannschaft. Nach hohen Belastungen drohten ohne eine schnelle Wiederauffüllung des Kohlenhydratspeichers Infekte,

Muskelkrämpfe und -verletzungen. „Der Leistungssport im Ramadan ist problematisch.“

Dabei ist das „Fasten“ und anschließende Fressen nicht nur bei Hochleistungssportlern problematisch und extrem ungesund. Es ergibt auch gar keinen Sinn und dient wohl nur der Gängelung der Gläubigen.

Glaube und Kultur prallen immer wieder aufeinander, auch bei Jugendolympia.

Nur der Islam macht Probleme. Sonst gibt es kein „Aufeinanderprallen“ von Glaube und Kultur, weil dieses sich nur im Islam gegenseitig ausschließt.

Singapur wusste, was auf die Stadt zukommen würde. Schon als London vor vier Jahren den Termin für die Spiele 2012 bekanntgab, gab es Ärger rund um die Erde: Denn 2012 wird der Ramadan vom 21. Juli bis zum 20. August dauern. Die Spiele in London aber sind vom 27. Juli bis zum 12. August angesetzt. „Das Datum der Spiele ist schlecht gewählt. Es ist so, als würden sie über Weihnachten ausgetragen“, empörte sich Massoud Shadjareh, Vorsitzender der Londoner Kommission für islamische Menschenrechte, aufgrund der Überschneidung. Alle Athleten aus muslimischen Staaten würden benachteiligt. „Niemand von ihnen will während des Ramadan reisen. Und niemand will Sport schauen, es ist eine geistliche Zeit.“ Dabei erwartet die britische Hauptstadt rund 3000 muslimische Sportler. Rund ein Viertel der gut 11.000 Athleten, die 2004 in Athen an den Start gingen, kamen aus Ländern mit vorwiegend islamischem Glauben.

Natürlich. Die Menschenrechte werden verletzt. Mindestens! Nicht durch Zwangsheiraten, Glieder abhacken, steinigen, „Ehren“morde...nein, durch Olympia im Ramadan!

(Spürnase: Kfir F.)

Böhmer: Zwangsehen kultursensibel handhaben



„Kultursensibel“

will die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung – Maria Böhmer (CDU) – mit Zwangsehen umgehen. Diese haben selbstverständlich nichts mit der Religion zu tun. Sie kommen vielmehr überall vor. Dafür hat sie eigens einen [Leitfaden für Schulen](#) verfasst.

Dazu schreibt [cdu-politik.de](#) ein unabhängiger Blog zur CDU-Politik:

Seit diesem Jahr existiert ein Leitfaden für Schulen zum Umgang mit Zwangsverheiratungen, der von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, herausgegeben wird. Eine kritische Analyse des 38seitigen Heftchens offenbart jedoch gravierende Defizite.

(...)

Schon bei der Lektüre von Maria Böhmers Vorwort frage ich mich, ob ich mich befremdet fühlen sollte. Denn dort steht neben vielem Guten und Richtigen auch folgende Passage: „Nur wenn die unterschiedlichen Blickwinkel und Bedürfnisse des Elternhauses ebenso wie

Wir lassen an dieser Stelle das Vorwort hinter uns und hoffen inständig, dass lediglich ein Formulierungsfehler vorliegt. Leider aber kommt der nächste Klops auch bereits auf der nächsten Seite. Zitat: „Die Grenzen zwischen arrangierter Heirat und Zwangsverheiratung können dabei fließend sein. Wenn die Eheleute mit der arrangierten Ehe im Ergebnis einverstanden sind, dann besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Da das Vorliegen einer Zwangsverheiratung sich kaum feststellen lässt, ist die subjektiv empfundene Zwangslage der Betroffenen ausschlaggebend.“ Spontan kommt mir hier Theodor Fontanes „Effi Briest“ in dem Sinn. In diesem Roman arrangieren die Eltern der 17-jährigen Titelheldin eine Heirat zwischen ihrer Tochter und dem 21 Jahre älteren Baron von Instetten. Aus Gehorsam ihren Eltern gegenüber und aus einer naiven jugendlichen Schwärmerei heraus lässt das Mädchen widerstandslos zu, dass man sie noch an demselben Tag, an dem sie Instetten zum ersten Mal trifft, mit ihm verlobt. Auf die Frage einer Freundin, ob der Baron denn auch der Richtige sei, erwidert Effi: „Jeder ist der Richtige. Natürlich muss er von Adel sein und eine Stellung haben und gut aussehen.“ Wenn wir nun die weisen Worte des Leitfadens beherzigen, stellen wir schnell fest: Effi Briest wurde nicht zwangsverheiratet. Es wurde lediglich eine Ehe arrangiert. Es besteht kein weiterer Handlungsbedarf. Fontane hätten sich den Roman sparen können. Die Einstellungen der betroffenen Schülerinnen und Schüler näher in den Fokus genommen werden, kann eine gute und gemeinsame Lösung gefunden werden. Eine kultursensible Herangehensweise und entsprechende interkulturelle Fähigkeiten sind dabei unverzichtbar.“ Nun habe ich als unbedarfter Leser hier bereits ein Problem: Ein Elternhaus, das Zwangsheirat praktiziert, dürfte vor allem die rigorose Durchsetzung seines Vorhabens im „Blickwinkel“ haben, und sein „Bedürfnis“ dürfte darin bestehen, das Kind gegen alle Widerstände an den ausgewählten Gatten zu bringen. Der Satz von Maria Böhmer aber impliziert eine gewisse Gleichrangigkeit zwischen elterlichen Zwangsverheiratungswünschen und dem

Selbstbestimmungsrecht des Kindes, sprich zwischen Täter und Opfer. Salopp gesprochen erweckt der Satz den Eindruck, als wolle er sagen: „Die eine Seite möchte gerne jemanden zwangsverheiraten, die andere möchte nicht zwangsverheiratet werden. Wie lösen wir da bloß dieses Problem?“ Der Verweis auf eine „gemeinsame Lösung“ im zweiten Satz hat in diesem Zusammenhang etwas Zynisches und Menschenverachtendes. Seltsam auch, dass den Tätern ein „Bedürfnis“ zugestanden wird, dem Opfer lediglich eine „Einstellung“. Ist es in Wahrheit nicht eher umgekehrt?

Spätestens jetzt klammert sich der empfindsame Leser des Leitfadens an die Hoffnung, dass es doch eigentlich nur noch besser werden könnte. Die Merkwürdigkeiten häufen sich jedoch von nun an. Auf Seite 8 erfahren wir: „Zwangsverheiratung ist jedoch kein Problem einer bestimmten Bevölkerungsgruppe.“ Auf Seite 14 heißt es: „So wird beispielsweise häufig von der unzutreffenden Vorstellung ausgegangen, dass der religiöse Hintergrund der Jugendlichen entscheidend ist.“ Tatsächlich ist es den Autoren des Leitfadens gelungen, ein immerhin 38 Seiten starkes Heft zu dem wichtigen Thema „Zwangsheirat“ hervorzubringen, in dem das Wort „islamisch“ nur ein einziges Mal fällt, und dort auch nur als Teil der relativierenden Äußerung, dass sich Zwangsheirat nicht auf den islamischen Kulturkreis beschränke. Irritierend auch, dass an jenen Stellen, wo davon die Rede ist, dass die Eltern den Verlust der Ehre ihrer Familie befürchten könnten, der Begriff „Ehre“ nicht in Anführungszeichen gesetzt wird. Eine Distanzierung von der diesem spezifischen Ehrenbegriff innewohnenden Antimodernität unterbleibt somit.

Dafür fehlt es aber nicht an guten Ratschlägen. Als auf Seite 15 erörtert wird, wie die Thematik im Unterricht aufgegriffen werden kann, müssen wir lesen: „Bei der Einbindung des Themas sollte darauf geachtet werden, dass keine Fokussierung auf Jugendliche mit Migrationshintergrund stattfindet.“ Der Ratschlag erinnert an den berühmten Monty Python-Ausspruch

„Don't mention the war.“ Konsequent erweitert müsste er zu der Ermahnung führen, bei der Behandlung des Themas „Vergewaltigung“ bloß nicht zu erwähnen, dass üblicherweise Männer die Täter sind, und auch auf keinen Fall darauf zu verweisen, dass es sich bei Neonazis in der Regel Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt.

Einen weiteren Ratschlag finden wir auf Seite 18 unter der Überschrift „Wie gehen wir mit Überforderungssituationen um?“. Hier wird uns in Erinnerung gerufen, dass es für Schulen und Lehrer Grenzen gibt. Zitat: „Die Entscheidung der Betroffenen ist zu respektieren, insbesondere wenn beispielsweise ein betroffenes Mädchen trotz guter Unterstützung in ihre Familie zurückgeht.“ Aus den Augen, aus dem Sinn.

Die Deeskalationsstrategie des Leitfadens erreicht auf Seite 20 ihren Höhepunkt, denn dort empfiehlt man „Kontakt zur Moscheevertretungen, mit denen über vermeintliche [!!!] religiöse Ursachen gesprochen werden kann“.

Auf den Seiten 20 bis 25 findet man „gute Beispiele“ (Originalton) für eine entsprechende Lehrerfortbildung und die Behandlung des Themas im Unterricht, wobei die „Bewertungsspinne“ auf Seite 22 (eine Art Zielscheibe, mit der sich der Grad der interkulturellen Offenheit einer Schule bestimmen lässt) nostalgische Erinnerungen an die guten alten lustigen Bastelbögen der Micky Maus-Hefte der 80er Jahre aufkommen lässt.

Anschließend wird es wieder konkret, wenn auf den Seiten 27 und 28 eine Liste von Warnsignalen aufgestellt wird, die auf Gefährdung einer Schülerin schließen lassen. Das letztgenannte Warnsignal dieser Liste gilt wohl den besonders Scharfsinnigen unter den Lehrern: „Die Betroffene erzählt, dass sie in den Sommerferien für längerer Zeit in das Herkunftsland ihrer Eltern reisen wird und befürchtet, dass sie möglicherweise nicht zurückkehren wird.“ An dieser Stelle noch einmal Danke für den ausdrücklichen Hinweis, dass man

aus einer Situation wie der eben geschilderten auf eine Gefährdung der Schülerin schließen kann und darf.

Seite 31 trumpft mit dem Hinweis auf, dass Eltern oft gar nicht wüssten, dass sich ihr Kind „vor einer Zwangsverheiratung fürchtet“. Es folgen Ratschläge, ab welchem Zeitpunkt das Jugendamt oder die Polizei einzuschalten sei. Auch nach Ansicht der Autoren des Leitfadens muss das Rumgeeiere wohl irgendwann mal ein Ende haben.

Die Widersprüche des Leitfadens werden bis zum Ende nicht aufgelöst. Die Forderung nach einer „kultursensiblen Herangehensweise“ und „interkulturellen Fähigkeiten“ beißt sich ganz offensichtlich mit der Beteuerung, Zwangsheirat sei keine Frage der Nationalität oder Religion. Hier amtet der Leitfaden den Geist unserer Zeit: Obwohl es zu Gebote stünde, den Kampf gegen Rassismus einerseits und das Eintreten für Rechte von Frauen, Kindern und Jugendlichen andererseits als gleichrangig zu erachten, wird in der Realität immer wieder letzteres dem ersteren untergeordnet – mit sowohl absurden wie auch verheerenden Folgen.

Dem Leser bleibt die Erkenntnis, dass für den Leitfaden in der Tat eine äußerst „kultursensible“ Sprache gewählt wurde. Eine Sprache, die sich an den Werten unseres Grundgesetzes und am Ideal der Geschlechterdemokratie orientiert, wäre aber zweifellos angemessener gewesen.

Dazu gibt es kaum mehr zu sagen. Aber gut zu wissen, dass Zwangsheiraten in allen Gesellschaften vorkommen. Wir hatten schließlich sowas früher auch. Und wir hätten es fast mit dem Islam und anderen „Kulturen“ in Zusammenhang gebracht..

(Spürnase: felix7)

Türkei praktiziert religiöse Toleranz



Die Türkei praktiziert religiöse Toleranz. Wann und wo? Morgen, zum christlichen Fest Maria Himmelfahrt im alten Kloster Sumuela, das besonders der Marienverehrung gewidmet ist. Zur Feier des Tages, und wegen des immer stärker werdenden Andrangs von Pilgern unter den Touristen, wird das strikte Verbot christlicher Gottesdienste für eine Veranstaltung ausgesetzt.

[Deislam meldet:](#)

Am 15. August dieses Jahres wird im Kloster Sumela, wo dies eigentlich von den türkischen Behörden verboten ist, weil religiöse Aktivitäten als „Hindernis für den Fremdenverkehr“ betrachtet werden, ein Gottesdienst stattfinden. Rund vier Kilometer entfernt von Trabzon und ganz in der Nähe von Macka, einem hübschen, in mitten von Wäldern und Wiesen liegendem Dorf, erhebt sich der 250 m hohe steile Felsen Karadag. Das Kloster Sumela schmiegt sich wie ein Adlernest an die Felswand, die über den Wiesen hinaufragt.

Das Kloster Sumela wurde als Eremitage in der Nähe von Trabzon auf einem Felsen in 1.200 Höhe über dem Meeresspiegel

errichtet und ist von großem historischem und künstlerischem Wert.

Der Überlieferung nach wurde Sumela (auch Mutter Maria genannt) unter dem byzantinischen Kaiser Theodosius I. (375-395) von zwei Eremiten, Barnabas und Sophronio, in einer Felsenhöhle auf dem Karadag als Kirche gegründet. Damit wurden die ersten Grundsteine zu dem Kloster gelegt. Als sich später das Christentum unter Kaiser Justinian weiter ausbreitete, wurde die Sumela Kirche vergrößert.

Auf einer engen und hohen Treppe steigt man zum Kloster hinauf. Die Klosteranlage besteht aus einer in Felsen gehauenen Kirche, einigen Kapellen, der Küche, mehreren Mönchzellen, dem Gasthaus, der Bibliothek und einem Brunnen, dessen Wasser als wundertätig galt.

Hier befindet sich die Ikone der „Jungfrau vom schwarzen Berg“, die der Überlieferung nach dem Evangelisten Lukas gehört haben soll.

Dieses Jahr, so der Beobachter aus kirchlichen Kreisen in der Türkei, werde das Kloster nur einen Tag lang, am 15. August, für den Kult freigegeben, nachdem die türkischen Behörden feststellen mussten, dass der so genannte „religiöse Tourismus“ zunimmt, seit dem Paulusjahr im vergangenen Jahr immer mehr Pilgerfahrten zu christlichen Stätten in der Türkei stattfinden.

Man werde in Sumela einen Gottesdienst feiern können – so der Beobachter zum Fidesdienst – müsse jedoch die Zahl der Teilnehmer beschränken und das genaue Datum und die genaue Uhrzeit angeben. Der Gottesdienst finde auf dem Vorplatz des Klosters statt und es handele sich bei der Genehmigung ausdrücklich um eine „außerordentliche Erlaubnis“: „Diese ganz offensichtlichen Behinderung der Religionsfreiheit zeigt, wie schwer es christliche Gläubige in ihrem Alltag in der Türkei haben“, so der Beobachter abschließend.

Nach diesem letzten Beweis mohammedanischer Toleranz gegenüber den Ungläubigen darf man wohl erwarten, dass der türkische Staat mindestens fünf weitere Großmoscheen in Deutschland gebaut bekommt. Mit der Anmeldung der Veranstaltungen haben die Muslime auch keine Probleme: Die ungläubigen Hunde mögen die Gebetszeiten dem Koran entnehmen.

Angeblicher Mossad-Agent frei

✘ Es ist schon ungewöhnlich, wenn die traditionell täterfreundliche deutsche Presse einen Beschuldigten mit vollem Namen nennt. Ausnahmen macht man vom Schutz der Persönlichkeit und der Unschuldsvermutung offenbar, wenn der Verdächtige verdächtig ist, für Israel gearbeitet zu haben. Damit dürfte aber bereits der maximal anzurichtende Schaden erreicht sein. Das Kölner Amtsgericht hob den Haftbefehl gegen einen angeblichen Mossadagenten unmittelbar nach der Auslieferung aus Polen auf.

Uri B., wie der Verdächtige eigentlich nach den sonst üblichen Normen der deutschen Presse zu nennen wäre, steht es jetzt frei, auch nach Israel auszureisen. Alles andere wäre auch kaum vertretbar gewesen. Dem Mann wird nicht mehr vorgeworfen, als einen anderen Mann, gegen den bisher unbewiesene Vorwürfe erhoben werden, bei einem Gang zum Kölner Einwohnermeldeamt begleitet zu haben. Die [FAZ berichtet](#):

Kaum in Deutschland, schon wieder auf freiem Fuß: Ein an Deutschland ausgelieferter mutmaßlicher Agent des israelischen Geheimdienstes Mossad ist am Freitag vom Kölner Amtsgericht gegen Kaution freigelassen worden. Uri Brodsky, der an den Vorbereitungen für das Attentat auf einen Hamas-Führer im Golf-Emirat Dubai beteiligt gewesen sein soll, war

der deutschen Justiz erst am Donnerstag von Polen überstellt worden. Allerdings sollte er sich hierzulande nicht wegen des Attentatsvorwurfs, sondern nur wegen Falschbeurkundung verantworten.

Dieser Vorwurf sei jedoch nicht schwerwiegend genug, um Brodsky noch länger festzuhalten, sagte der Kölner Staatsanwalt Josef Rainer Wolf am Freitag. Deshalb sei Brodsky gegen Kaution freigelassen worden. Er könne nun wieder ausreisen. Das Gericht rechnet auch nicht damit, dass Brodsky noch einmal vor Gericht vorgeladen wird. Der Prozess sei zwar nicht eingestellt worden, ein erneutes persönliches Erscheinen aber nicht nötig. Wolf zufolge müsse auch berücksichtigt werden, dass Brodsky in Polen seit seiner Festnahme Anfang Juni bereits in Haft gesessen habe.

Der mutmaßliche Mossad-Agent war am 4. Juni auf dem Flughafen von Warschau festgenommen worden. Der mit europäischem Haftbefehl gesuchte Mann steht im Verdacht, von Deutschland aus Vorbereitungen für das spektakuläre Attentat auf einen Hamas-Führer Anfang dieses Jahres getroffen zu haben. Der Hamas-Funktionär Mahmud al-Mabhuh, der für die radikal-islamische Palästinenserbewegung Waffen beschafft haben soll, war am 19. Januar in seinem Zimmer in einem Luxushotel in Dubai betäubt und erstickt worden. Ermittler in Dubai gehen davon aus, dass der Geheimdienst Mossad hinter dem Mord steckt. Israel bestreitet das.

Eine Person, die von der arabischen Polizei des Wüstenstaates beschuldigt wird, an der Tötung eines Terroristen ([PI berichtete ausführlich](#)) beteiligt gewesen zu sein, war mit einem echten oder gefälschten deutschen Pass eingereist, der auf den Namen einer Person lautete, die Uri B. seinerzeit bei der Ausstellung des Passes in Köln begleitet hatte. Das war alles, um den Mann seit dem 2. Juni in einem polnischen Gefängnis festzuhalten. Zum Glück hat ein Kölner Amtsrichter jetzt ein Einsehen gehabt. Willkommen zurück in der Freiheit!

Bayern-SPD: Iftar-Essen mit Idriz und Milli Görüs



Die SPD-Fraktion im

Bayerischen Landtag lädt [laut Münchner Merkur](#) Muslime und muslimische Verbände zu einem Iftar-Essen ein. Das gemeinsame Fastenbrechen soll am 2. September stattfinden. Die Kosten wird die SPD voraussichtlich vom Steuerzahler tragen lassen, der auf diesem Wege so illustre Gäste wie die Vertreter von Milli Görüs und Imam Idriz (Foto m.) aus Penzberg bewirbt. Neben dem Chef der SPD-Fraktion, Markus Rinderspacher (l.), lädt auch die SPD-Abgeordnete Isabell Zacharias (r.) ein.

Die Veranstaltung wird in einem Münchner Lokal stattfinden, nachdem nach internen Diskussionen in der SPD Zacharias davon absah, in das Parlamentsgebäude Bayerns, das [Maximilianeum](#), einzuladen. Die SPD wird zwischen 30 und 60 Gäste bewirten.

Um sich als Gastgeber auf diese einzustellen, hätten der Fraktionschef und die Abgeordnete den [Verfassungsschutzbericht 2009](#) lesen können, in dem es unter anderem heißt:

Führende Funktionäre der extremistischen islamischen Verbände IGD (Anmerkung PI: Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.) und IGMG (Anmerkung PI: Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.) stehen im Verdacht, neben der Begehung diverser anderer Straftaten auch den internationalen Terrorismus finanziell zu unterstützen.

Doch das ficht Rinderspacher und Zacharias wohl nicht an, denn:

Man wolle ein politisches Signal setzen, „dass das genauso normal ist wie Weihnachten“, sagte Zacharias. So eine Veranstaltung anzubieten, sei selbstverständlich und ein Beitrag zum Miteinander über Glaubensgrenzen hinweg. Das Fasten im Monat Ramadan gehört zu den wichtigsten Geboten des Islam.

Es ist gut, dass die SPD das politische Signal von Normalität setzt, wenn sie beginnt, sich an die schariatischen Gebote zu halten, bei deren Übertretung man andernorts – und nicht nur in Saudi-Arabien – [empfindlich bestraft wird](#). Schließlich legen ihre Gäste laut Verfassungsschutzbericht gerade auf diesen Aspekt des „Miteinanders“ ein ganz besonderes Augenmerk. So heißt es weiter im Verfassungsschutzbericht:

Die Islamisten geben sich nach außen offen, tolerant und dialogbereit, verfolgen aber insgeheim weiterhin das Ziel einer islamistischen Parallelgesellschaft unter dem Recht der Scharia in Deutschland.

In diesem Kreis darf der Penzberger Imam Idriz nicht fehlen. Schließlich ist man als Abgeordnete der SPD auf Seiten der Unterdrückten – und wenn es sein muss, bis zu dem Tag, an dem diese dann endlich alle anderen unterwerfen können. So erklärte Zacharias dies gemäß Münchner Merkur zum Zeichen der Solidarität, die ihr wichtiger scheint als die Loyalität zur Verfassung.

Auch die Gästeliste hat es in sich. Zacharias lud unter anderem die ins Visier von Justiz und Verfassungsschutz geratene Organisation Milli Görüs ein. Sie holt zudem Penzbergs Imam Benjamin Idriz an den Tisch, dem das Innenministerium Kontakte zu Radikalen vorwirft. Zacharias sieht auch das als Zeichen der Solidarität mit Idriz.

Über die Islamische Gemeinschaft Penzberg (IPG), deren Imam Idriz ist, schreibt der bayerische Verfassungsschutz:

Die IGP ist eine Organisation, die in Verbindung mit den islamistischen Organisationen Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) und Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) zu sehen ist.

Die IGD wiederum gilt als deutsche Zentrale der ägyptischen [Muslimbruderschaft](#). Der Vorsitzende der IGD ist Ibrahim El-Zayat, mit dem Idriz schon mal ganz gerne am [Telefon plauscht](#), aber dass dann nicht mehr so recht wissen will. Der bayerische Innenminister wirft Idriz aufgrund verschwiegener bzw. geleugneter Kontakte sogar vor, [ein Lügner zu sein](#). Mit so jemanden muss man sich einfach solidarisieren.

Rinderspacher und Zacharias vertrauen lieber den wohlfeilen Worten ihrer Gäste, die am 2. September bestimmt einmal mehr um die Schlemmerplatte vereint sitzend versichern werden, welch gesetzestreuen Bürger dieses Landes sie doch sind.

IGMG und IGD sind extremistische Organisationen aus dem Bereich des politischen Islamismus, die eine Doppelstrategie verfolgen. Während sie sich nach außen offen, tolerant und dialogbereit geben, verfolgen sie – für Außenstehende meistens nicht erkennbar – das Ziel einer islamistischen Parallelgesellschaft in Deutschland, mit eigener Rechtskompetenz und unter allumfassendem Geltungsvorrang der Scharia. Dabei ist es für die Islamisten kein Widerspruch, sich vordergründig zum Grundgesetz zu bekennen, da sie über das Grundrecht auf Religionsfreiheit den Einstieg zur Umsetzung ihrer Pläne sehen. Hierfür bedienen sie sich des „Gangs durch die Instanzen“ und suchen Unterstützer in nicht-islamischen Kreisen.

In der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag waren sie damit anscheinend erfolgreich.

UPDATE: Nach Prüfung des Terminkalenders der SPD-Abgeordneten Isabell Zacharias ergibt sich, dass es neben dem dem Iftar-Essen am 2. September noch ein weiteres Fastenbrechen vereinbart wurde. Dieses findet am [28. August im Islamischen Zentrum Freimann](#) statt; Sitz der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD).

Screenshot der Website von Zacharias:



- » markus.rinderspacher@bayernspd-landtag.de
- » isabell.zacharias@bayernspd-landtag.de

Broder: Westerwelles Verhalten ist eine Schande



[Vor ein paar Tagen](#) ließ Außenminister Guido Westerwelle (FDP) verlauten, dass er sich bei Reisen in

schwulenfeindliche Länder nicht mehr durch seinen Lebenspartner Michael Mronz begleiten lassen werde. Seine Begründung: „Wir wollen den Gedanken der Toleranz in der Welt befördern. Aber wir wollen auch nicht das Gegenteil erreichen, indem wir uns unüberlegt verhalten.“ Eine Schande sei diese vorausseilende Unterwerfung, meint der Berliner Publizist Henryk M. Broder in einem [lesenswerten Spiegel-Beitrag](#).

Auszug:

Man muss diesen Satz nicht zweimal lesen, um zu begreifen, was in ihm steckt: Toleranz ist eine feine Sache, aber wir sollten es mit ihr nicht zu weit treiben. Das ist mehr als eine der üblichen Politiker-Sprechblasen, es ist moralisches Harakiri in Zeitlupe, eine Schande.

In mindestens 75 Staaten ist Homosexualität ein Straftatbestand, der mal mehr, mal weniger streng verfolgt wird. In Iran, im Sudan, in Jemen und Mauretanien, in Somalia, Nigeria und Saudi-Arabien wird Männerliebe mit dem Tod bestraft. Allein in Iran wurden im Laufe der vergangenen 30 Jahre, also seit Beginn der „Revolution“, etwa 4000 Männer erhängt, die angeblich oder tatsächlich schwul waren. Man mag der Meinung sein, dass sie noch immer besser behandelt wurden als „Ehebrecherinnen“, die gesteinigt werden, aber solche Feinheiten sind nur für Islamexperten wie Katajun Amirpur von Bedeutung, die Hängen gegenüber dem Steinigen den Vorzug geben.

Es ist auch fraglich, ob Westerwelle sein Statement wirklich zu Ende gedacht oder nur rausgeblubbert hat. Wie will er „den Gedanken der Toleranz in der Welt befördern“, wenn er auf die Intoleranz seiner Gastgeber Rücksicht nimmt? Von seinem Schreibtisch in der FDP-Zentrale? Mit einem Grußwort zum Christopher-Street-Day in Köln? Indem er seinem Lebensgefährten bei Auslandsreisen eine Burka überzieht?

Westerwelle ist nicht böartig oder dumm, aber spricht auf

eine erschreckende Weise unüberlegt. Allein der Gedanke, wir müssten uns überlegt verhalten, um nicht „das Gegenteil (zu) erreichen“, ist falsch. Am Anfang einer solchen Überlegung steht der Wunsch, dem Frieden zuliebe nicht zu provozieren, am Ende die Selbstaufgabe.

Westerwelle lässt Partner daheim



Außenminister Guido

Westerwelle wird sich künftig bei Reisen in schwulenfeindliche Länder durch seinen Lebenspartner Michael Mronz nicht mehr begleiten lassen. Darunter sind die Länder zu verstehen, in denen Homosexualität unter Strafe steht.

[Der Spiegel berichtet](#) :

Dennoch sei es wichtig, „dass wir unsere eigenen Maßstäbe von Toleranz leben und uns nicht die manchmal weniger toleranten Maßstäbe anderer zu eigen machen“, sagte Westerwelle weiter.

Das Thema steht für den Vielreisenden an der Tagesordnung: Seit seinem Amtsantritt hat der Vizekanzler mehr als 50 Staaten besucht, darunter auch so homophobe wie Saudi-

Arabien. Im Januar begleitete Sportmanager Michael Mronz den Minister erstmals beim Staatsbesuch in Japan und China.

Der Außenminister erinnerte im „Bunte“-Gespräch daran, dass in sieben Ländern homosexuelle Handlungen noch immer mit der Todesstrafe geahndet würden – und zwar in Iran, dem Sudan, im Jemen, in Mauretanien, Somalia, Nigeria und Saudi-Arabien. In immerhin 75 Ländern würden gleichgeschlechtlich liebende Menschen noch immer strafrechtlich verfolgt.

Dann bleibt noch die Frage, ob die deutsche Bundeskanzlerin im [Tschador](#) gehen wird, wenn dies im Zielland gewünscht ist.

US-Außenministerium spendiert Imam-Reise



Das amerikanische Außenministerium zahlt nach einer [Meldung von FoxNews](#) amerikanischen Muslimen Reisen in die islamische Welt, damit diese dort um Verständnis für die amerikanische Gesellschaft und die Rolle der Religion in ihr werben. Neuester Nutznießer dieser Reisetätigkeit auf US-Steuerzahlerkosten ist der Imam vom Ground Zero, [Feisal Abdul Rauf](#) (Foto). Er wird alsbald mit dem [Dschizya-Geld](#) der Ungläubigen eine Werbetour für ~~den triumphalen Bau der Ground Zero-Moschee~~ die amerikanische Gesellschaft unternehmen.

Das bietet sich aus Sicht des Pressesprechers des State Department, P.J. Crowley, geradezu an, denn schließlich sei der Imam, der sich weigert, die Hamas als Terrororganisation zu betrachten, ein „herausragender“ Kleriker. Außerdem sei dies ganz normal, schließlich sende man immer wieder Muslime um die Welt, damit diese für die USA Werbung machten.

Und so wird auch der „herausragende“ Kleriker, der, wenn nicht für die USA, dann doch für die Einführung der Scharia wirbt, mit Steuerzahlergeld voraussichtlich nach Saudi-Arabien, Abu Dhabi und in die Vereinigten Arabischen Emirate reisen. Solche Reisen in das [Haus des Islams](#) haben auf diesem Wege – so das State Department – schon viele, viele Führungsfiguren der muslimischen Gemeinschaft in den USA im Sinne der guten Sache auf sich genommen. Diese Reisen sollten für Verständnis gegenüber den USA werben, was in den überwiegend islamischen Ländern auch als Entgegenkommen aufgefasst werden sollte.

Dass dies ganz hervorragend funktioniert, zeigen die ständig wiederkehrenden Bilder aus der muslimischen Welt, deren Bewohner ihre große Zuneigung für den Westen im Allgemeinen und die USA im Besonderen durch Entzünden von Freudenfeuern dokumentieren. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, werden dabei auch die Flaggen der Sympathieträger verbrannt.

Dies hat im Falle der dänischen Muslime auch ganz hervorragende Resultate gezeitigt. Nur wenige Monate nach deren Reise zeigte sich die spontane Begeisterung für eine freie Gesellschaft und deren Ausdrucksweise in nie dagewesener Klarheit.

Die Reise des New Yorker Imams wird in Bezug auf das Verständnis der Muslime für eine freie Gesellschaft und die Rolle der Religion darin bestimmt ein großer Erfolg.

Türkei: Polygamer Regierungsberater



Damit zeigt doch die Türkei, wie sehr sie nach Europa gehört: Sie ernennt einen Regierungsberater (*Ali Yüksel, Foto*), der für seine Vielweiberei bekannt ist. Er hat drei Ehefrauen, bald sind es vier, und die selbsternannten MenschenrechterInnen schweigen. Nicht wahr, Frau Roth?

Die WELT [berichtet](#):

Die Türkei befindet sich seit Wochen im Bann einer politisch-religiösen Seifenoper, deren Schauplatz das Regierungsviertel in Ankara ist. Dies, und die drei Wohnungen der drei Frauen des Ali Yüksel, seines Zeichens Regierungsberater und selbst ernannter „Scheich ul-Islam“, also eine Autorität in Sachen Religion. „Es würde mir das Herz zerbrechen, ich liebe ihn so“, gab seine Frau Dilber zu Protokoll, als Buchautor Fehmi Calmuk sie fragte, wie sie sich fühlen würde, nähme sich ihr Mann eine vierte Ehefrau. Drei hat er schon. Denn, so sagt Yüksel ganz offen, der Islam erlaube bis zu vier Frauen, wenn der Mann sie versorgen könne und sie alle gleich behandle.

„Gleich“ kann natürlich auch „gleich schlecht“ bedeuten, und Yüksel wurde in der Zeitung „Radikal“ mit den Worten zitiert, er habe seine bereits vorhandenen Frauen nicht um Erlaubnis gefragt, bevor er erneut heiratete. Denn „sie hätten mich nicht gelassen“. Aber es sei ja Gott sei Dank nach den Geboten des Islam auch gar nicht erforderlich, die Frauen zu fragen.

Wie weise der Islam doch ist!

Nach Auskunft seiner ersten Frau Dilber, die ihn im Alter von elf Jahren kennenlernte und ihren Angaben nach sofort den

Mann fürs Leben in ihm erblickte, ist Yüksel ein gerechter Ehemann. Er teile seine Zeit gleichmäßig mit allen drei Frauen, „schläft jede Nacht bei einer anderen von uns, nie zweimal nacheinander und nie lässt er eine Nacht aus.“

Ach deshalb schweigt Frau Roth. Weil Yüksel so gerecht ist und seine Frauen ja offensichtlich glücklich sind.

Gleichwohl stimmt es nachdenklich, dass er überhaupt Berater von irgendwem ist. Er gehört zur Fundamentalisten-Organisation Milli Görüs, deren Europa-Abteilung er leitet. Es ist dieselbe Organisation, die Ende Mai einen gewalttätigen „Hilfskonvoi“ nach Gaza auf den Weg brachte, was den Tod von neun Aktivisten zur Folge hatte. Es ist eine Organisation, die nach Angaben ihrer eigenen Funktionäre eine „Großtürkei“ anstrebt als Zentrum einer islamischen Welt, und die der Meinung ist, dass man Israel nur mit Gewalt niederringen kann. Sowohl Erdogan als auch Staatspräsident Abdullah Gül entstammen dieser Bewegung, haben sich aber später von ihr getrennt und einen vorgeblich moderateren Weg eingeschlagen.

Was das Frauenbild betrifft – da kann man viel ins Feld führen. Etwa die Kinderehe des Staatspräsidenten Gül, der seine Frau heiratete, als sie gerade 15 geworden war. Oder, vor einigen Jahren, das Handbuch eines AKP Bürgermeisteramtes mit Ratschlägen zur Eheschließung, worin der gute Rat enthalten war, Männer sollten nach Möglichkeit Frauen heiraten, die sozial unter ihnen stünden.

Ministerpräsident Erdogan wird nicht müde, Frauen zu preisen, wenn sie Mütter sind. In Staatsdiensten hingegen gibt es immer weniger Frauen, seit die AKP regiert. Zu diesem Ergebnis kam jedenfalls eine Nichtregierungsorganisation namens „Iris“ im Jahr 2007. Die Entwicklung ist wahrscheinlich eine Nebenerscheinung der Tatsache, dass die AKP vor allem eigene Anhänger in die Verwaltung holt – und

die sind nun einmal fromm muslimisch gesinnt und sehen den Platz der Frauen daheim bei der Familie.

Das stört unsere FrauenrechtlerInnen aber nicht. Solange das Heimchen am Herd ein moslemisches Kopftuch trägt, ist für sie die Welt in Ordnung.

(Spürnasen: Nolaner, rotgold, Peter Pan, Leser, Gerndrin)

Schusswechsel an libanesischer Grenze



An der Grenze zwischen Israel und Libanon ist es heute zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit mehreren Toten gekommen. Auslöser war angeblich der Versuch israelischer Pioniere, einen Baum an der Grenze zu fällen. Allerdings gab es schon vor Wochen Berichte, die libanesisch Armee habe 5.000 Soldaten in den Süden des Landes verlegt. Angeblich um gegen die zunehmenden Aktivitäten der islamfaschistischen Hisbollahmilizen vorzugehen. Das wäre eigentlich die Aufgabe der dort stationierten UN-Truppen gewesen, die aber zu alledem nichts weiter als die üblichen Appelle vorzubringen haben.

Der [FOCUS berichtet](#):

Zwei libanesische Soldaten sind Augenzeugen und Sicherheitskreisen zufolge bei einem israelischen Angriff auf einen Armeeposten nahe der Grenze zwischen beiden Ländern getötet worden. Fünf weitere seien verletzt worden, als ein israelischer Hubschrauber am Dienstag zwei Raketen auf die libanesischen Soldaten abgefeuert und dabei ein gepanzertes Truppentransportfahrzeug zerstört habe, hieß es in den Kreisen. Der libanesische Fernsehsender Al Manar berichtete zudem, bei einem Schusswechsel an der Grenze sei ein hochrangiger israelischer Soldat getötet worden.

Aus israelischen Sicherheitskreisen war zuvor verlautet, an der Grenze arbeitende Pioniere seien von libanesischen Soldaten unter Feuer genommen worden. Die Pioniere hätten zurückgeschossen. In libanesischen Sicherheitskreisen hieß es, israelische Soldaten hätten ein Dorf im Süden des Libanon beschossen und ein Haus getroffen. Auslöser sei gewesen, dass die Israelis versucht hätten, einen auf libanesischem Gebiet stehenden Baum zu fällen. Die libanesischen Soldaten hätten Warnschüsse abgegeben, die Israelis hätten dann zurückgeschossen.

Israelische Pioniere halten einen Schutzzaun zum Südlibanon instand. In dem Gebiet ist die pro-iranische Hisbollah aktiv, mit der sich Israel 2006 bekriegte. Auf der libanesischen Seite der Grenze sind neben libanesischen Soldaten auch Friedenstruppen der Vereinten Nationen stationiert. Diese riefen beide Seiten zu größter Zurückhaltung auf.

Vielen Dank allen Spürnasen!

Stadtkewitz soll ausgeschlossen werden



Die Berliner CDU setzt ihren Marsch in die Bedeutungslosigkeit unbeirrt fort. Getreu Maos Motto „bestrafe einen, erziehe hundert“, soll René Stadtkewitz nach der Sommerpause aus der Fraktion ausgeschlossen werden, weil er einen demokratischen und gewählten Politiker eingeladen hat, der gerade mit den Christdemokraten unseres Nachbarlandes über eine Koalition [verhandelt](#). „Eine Dämonisierung des Islam ist unakzeptabel und menschenverachtend“, sagte CDU-Fraktionschef Henkel und unterstrich damit eindrucksvoll, dass er vom Wesen des Islam keine Ahnung hat. Sagt er das im Kampf gegen Rechts™ auch?

Der Tagesspiegel [schreibt](#):

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird den islamfeindliche Politiker René Stadtkewitz aus ihrer Fraktion ausschließen. Der Antrag werde in der ersten Sitzung nach der Sommerpause am 7. September eingebracht, sagte CDU-Fraktionschef Frank Henkel am Montag. „Eine Dämonisierung des Islam ist unakzeptabel und menschenverachtend“, sagte der Christdemokrat. Wer wie Stadtkewitz eine solche intolerante Haltung unterstütze, habe keinen Platz in der Union.

(...)

Ein dreiviertel Jahr später lud der umstrittene Politiker den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, den er zuvor in Den Haag getroffen hatte, zu einer Veranstaltung nach Berlin ein. In ultrarechten Kreisen wurde spekuliert, dies könnte der Startschuss für die Gründung eines deutschen Ablegers der „Partei für die Freiheit“ (PVV) sein, mit der Wilders bei den letzten Wahlen in den Niederlanden große Erfolge feierte. Die PVV bezeichnet den Islam als eine „faschistische Ideologie“, und Wilders sieht im Koran ein Handbuch für Terroristen.

Nein, lieber Herr Henkel, lieber Tagesspiegelredakteur: Nicht Wilders verglich den Koran mit „Mein Kampf“, sondern kein Geringerer als Winston Churchill. Churchill wurde für seine klaren Worte geehrt – damals, als man noch die Wahrheit sagen durfte. 1953 erhielt er den Nobelpreis für Literatur „für seine Meisterschaft in der historischen und biographischen Darstellung sowie für die glänzende Redekunst, mit welcher er als Verteidiger von höchsten menschlichen Werten hervortritt“. 1956 verlieh ihm die Stadt Aachen den Karlspreis für 1955 als Hüter menschlicher Freiheit – Mahner der europäischen Jugend.

Heute geht es nicht mehr um Inhalte. Diskussionen müssen schon im Vorfeld totgeschlagen werden. So wie früher, als niemand infrage stellen durfte, dass die Erde eine Scheibe ist.

Die Berliner CDU jedenfalls bleibt eine unwählbare „Volks“partei.

(Spürnasen: spiderberlin, Benjamin S. und Daniel M.)

Harald Schmidt zur Einwanderung



Heutzutage freut man sich auch über Kleinigkeiten: Harald Schmidt, dem seit 20 Jahren der Hemdkragen eng wird, wenn er sich überlegt, einen Witz über den Islam zu machen, schreibt eine kleine Satire zur Zuwanderung. Na immerhin. Wir haben alle mal klein angefangen.

Im [FOCUS kommentiert Schmidt](#) in seiner regelmäßigen Kolumne:

Spätestens seit der WM ist jedem Deutschen klar: Ohne qualifizierte Migranten ist unser Land nicht überlebensfähig. Wobei die Betonung auf qualifiziert liegt. Andere sind uns rein menschlich natürlich genauso willkommen. Aber bauchmäßig könnte man sagen, der Bedarf ist erst mal gedeckt.

Auch Bundespräsident Christianichlebe-Patchwork-Wulff hat darauf hingewiesen, wie dringend das moderne, lässige und weltoffene Deutschland auf Zuwanderer angewiesen ist. Schließlich werden bei uns pro Jahr deutlich mehr Rentner geboren als Babys. Schon in 20 Jahren sind unsere Sozialsysteme ernsthaft in Gefahr. Denn immer mehr Verstorbene zahlen immer weniger Beiträge. Bald finanzieren zwei Praktikanten mit ihren 400-Euro-Jobs bis zu 20 Senioren in ihren 150-Quadratmeter-Residenzen (pro Senior, versteht sich!). Soziale Unruhen dürften dann nur noch zu verhindern sein, wenn die WM im 2-Monats-Rhythmus stattfindet.

Dumm nur, dass es so wenig Superhirne aus fernen Ländern ins

Land von Lena und Lammert zieht. Kaum einer wollte die Greencard haben, die vor einigen Jahren für substantielle Diskurse sorgte („Kinder statt Inder“). Rätselhafterweise erscheinen vielen Kalifornien, die US-Ostküste oder Singapur verlockender als Greifswald oder Kiel. Auch in Kanada soll man recht gut leben können, was man so hört. Inklusive Staatsbürgerschaft.

Da ist es nur sinnvoll, dass fremde Spezialisten künftig innerhalb von 30 Tagen eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten und bis zu drei Jahre in der EU bleiben können. Prüfungen, ob einheimische Kräfte den Posten ausfüllen könnten, sollen entfallen. Man muss unsere Leute ja nicht demütigen.

Auch bei den Saisonarbeitern wird es demnächst wesentlich unbürokratischer zugehen. Als Idealtyp darf hier das Spargel stechende Zimmermädchen gelten. Deutsche Frauen sind immer weniger bereit, sich zu bücken oder in die Ecken zu gehen. Trotz guter Ausbildung verbringen sie die besten Jahre im arbeitsfähigen Alter lieber mit teuren Kinderwägen auf Spielplätzen. Globuli scheinen ihnen wichtiger als Globalisierung. Teurer Schnickschnack wie Elterngeld und Erziehungsurlaub beschleunigen einen Prozess der Verweichlichung. In so einer Gesellschaft sind selbst 70 Grad im ICE eine Meldung in den Nachrichten.

Neue Weltmächte wie Indien sind deutlich zukunftsfähiger. Eliten reisen dort klimatisiert, die anderen auf dem Dach. Ist für uns der Zukunftszug schon abgefahren?

Dem begnadeten Satiriker Schmidt wünschen wir von Herzen, dass er eines Tages so viel Geld verdient haben möge, dass er sich neben seiner Villa und dem Jaguar auch noch die geistige Freiheit erlauben kann, über Themen zu sprechen, die er sich jetzt noch versagt. Wir werden dann darüber berichten, falls wir es noch erleben.

(Spürnase: Klausklever)

**“Leute
niedergetrampelt
Blutlachen”**

**liegen
in**



Heute sollte im englischen Dudley erneut [eine EDL-Demonstration](#) stattfinden, doch die Ereignisse liefen anders ab, als geplant. Die Polizei prügelte ungehemmt auf die Demonstranten ein, dazu fielen wütende Moslemhorden über die EDL-Leute her. Es soll auf Seiten der EDL eine Frau getötet worden sein. [Gates of Vienna](#) hat ein paar Aussagen aus dem EDL-Forum über die heutigen Ereignisse zusammengestellt.



Quelle 1:

News aus Dudley – die Demonstranten wurden in Gruppen aufgeteilt – Tommy Robinson und der Sikh EDL-Anführer Guramit Singh wurden von der Hauptdemonstration ausgesperrt.

Ich höre, dass die Polizei die Demonstranten willkürlich schlägt.

Wir erhalten die Bestätigung für die Polizeibrutalität. Mehr und mehr Leute erzählen davon, es sind nicht nur einer oder zwei, die übertreiben.

Quelle 2:

Sie führten sie mitten ins Nirgendwo hinein. Die Polizisten schlugen sie gegen den Kopf.

Quelle 3:

*Mein Mann hat gerade angerufen. Er sah, wie die Bullen die Sch*** aus einem Kumpel herausprügelten.*



Quelle 1 erneut:

Acht Busse kamen nicht durch – die Unruhen nehmen zu.

Demonstranten werfen Eisenzäune gegen die Polizei.

[Quelle ist] sicher in einem Bus und beobachtete die Geschehnisse – randalierende Polizisten.

Blutüberströmte Leute kommen vorbei.

Ich würde mich nicht wundern, wenn wir heute den ersten Todesfall hätten. Die Polizei hat die EDL-Gruppen über die ganze Stadt verstreut und die Muslime jagen sie in Meuten.

Quelle 5:

Die Polizei lässt die Busse kreisen.

Mein Mann steckt in einem Bus fest und kreist um Dudley, die Überwachung lässt niemanden durch!

Quelle 6:

Leute liegen in Blutlachen, Menschen werden niedergetrampelt, von den Muslimen mit Ziegelsteinen, Flaschen und Messern angegriffen. Die Polizei unternimmt nichts dagegen, sondern hilft ihnen sogar.

BASTARDE!

Quelle 7:

Keine Busse fahren zurück nach Tipton. Wir sind gefangen. Ein EDL-Bursche – kein Hooligan – in den Vierzigern ist blutüberströmt. Heute ist eine Wasserscheide.

Lassen wir den Staub sich legen und die Führung damit umgehen. Nichtstun ist keine Option.

Hat der Bürgerkrieg schon begonnen? Wir erwarten heute noch News zu den Ereignissen in Dudley und werden Sie weiter auf dem Laufenden halten.

Videos von heute (wir bitten Sie die schlechte Qualität zu entschuldigen). Die Polizei versucht offensichtlich, Aufnahmen zu verhindern:

- » Weitere [Fotos finden Sie hier](#).
- » Die [BBC berichtet über einen „Unfall“](#) mit sechs verletzten Fußgängern, die von einem Auto angefahren wurden.
- » Durotrigan: [Videos from Today's EDL Dudley Demonstration](#)